

V-05 Teilhabe sichern: Individuelle Schulbegleitung schützen – Poollösungen dürfen nicht zum Regelfall werden

Antragsteller*in: Sina Wübbeling (KV Borken)

Tagesordnungspunkt: 8. Verschiedenes

Antragstext

- 1 Teilhabe an Bildung ist ein individuelles Recht – kein Verwaltungsmodell und
2 keine Frage öffentlicher Kassenlage. Für viele Kinder und Jugendliche wird
3 dieses Recht erst durch Schulbegleitung konkret. Sie ist keine freiwillige
4 Zusatzleistung, sondern oft die Voraussetzung dafür, dass Unterricht, soziale
5 Teilhabe und persönliche Entwicklung überhaupt möglich werden.
- 6 Für uns Grüne NRW ist klar: Inklusion gelingt nicht durch Standardisierung,
7 sondern durch passgenaue Unterstützung. Kinder sind unterschiedlich: in ihren
8 Lebenslagen, ihren Stärken, ihren Behinderungen und ihren
9 Unterstützungsbedarfen. Ein inklusives Bildungssystem muss diese
10 Unterschiedlichkeiten ernst nehmen und darf sie nicht in pauschale
11 Organisationslogiken pressen.
- 12 Deshalb sehen wir mit Sorge, wenn individuelle Ansprüche auf Schulbegleitung
13 bundespolitisch zugunsten pauschaler Poollösungen zurückgedrängt werden sollen.
14 Was als Effizienzgewinn begründet wird, kann in der Praxis weniger
15 Verlässlichkeit für Kinder, mehr Unsicherheit für Familien, zusätzliche
16 Konflikte mit Behörden und neue Belastungen für Schulen bedeuten. Eine Politik,
17 die Poollösungen faktisch zum Regelfall macht, verschiebt den Maßstab: weg vom
18 Bedarf des einzelnen Kindes, hin zu Systemlogik, Verwaltungsvereinfachung und
19 Kostendruck.
- 20 Poollösungen können sinnvoll sein, wenn sie pädagogisch begründet sind, gut
21 ausgestattet werden und die Teilhabe konkret verbessern. Sie dürfen aber niemals
22 zur Standardantwort auf unterschiedliche Unterstützungsbedarfe werden. Wo ein
23 Kind eine verlässliche 1:1-Begleitung braucht, darf diese nicht durch eine
24 Gruppenlösung ersetzt oder erschwert werden. Der individuelle Bedarf muss
25 Maßstab bleiben, nicht das günstigste oder organisatorisch bequemste Modell.
- 26 Besonders sensibel sind Übergänge im Bildungssystem: von der
27 Kindertagesbetreuung in die Grundschule ebenso wie auf die weiterführende
28 Schule. Gerade dann brauchen Kinder und Familien Stabilität, frühzeitige Planung
29 und verlässliche Unterstützung. Stattdessen werden Bedarfe häufig neu bewertet,
30 Leistungen verzögert oder reduziert, Unterstützungsstrukturen brechen weg oder
31 müssen mühsam neu aufgebaut werden. Das gefährdet Bildungschancen genau dort, wo
32 Verlässlichkeit am wichtigsten wäre.
- 33 Planungssicherheit ist deshalb ein zentraler Bestandteil echter Teilhabe. Bei
34 dauerhaftem Unterstützungsbedarf darf Schulbegleitung nicht Jahr für Jahr erneut
35 zum Unsicherheitsfaktor werden. Längerfristige Bewilligungen - möglichst für die
36 Dauer der jeweiligen Schulform - würden Familien entlasten, Verwaltung
37 vereinfachen und Kindern die Kontinuität geben, auf die sie angewiesen sind.
- 38 Auch Qualität, Qualifizierung und klare Rollen entscheiden darüber, ob Inklusion
39 im Alltag gelingt. Schulassistent*innen übernehmen verantwortungsvolle Aufgaben:

40 Sie unterstützen Kommunikation, Orientierung, Pflege und soziale Teilhabe. Dafür
41 brauchen sie verbindliche Weiterbildung, faire Arbeitsbedingungen und eine
42 eigenständige Rolle mit klarem Auftrag am Kind. Die Schulbegleitung darf nicht
43 zur allgemeinen Unterstützung des Unterrichtsbetriebs umfunktioniert werden und
44 Pflegeanteile dürfen nicht unausgesprochen vorausgesetzt, sondern müssen
45 fachlich anerkannt und angemessen vergütet werden.

46 Wer notwendige individuelle Unterstützung aus Kostengründen einschränkt, spart
47 nicht, sondern verschiebt Probleme in die Zukunft: auf die Kinder, auf ihre
48 Familien, auf die Schulen und auf die Gesellschaft. Inklusion darf nicht daran
49 scheitern, dass Verantwortung zwischen Bund, Land, Kommunen und Schulträgern
50 hin- und hergeschoben wird.

51 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW fordern daher:

- 52 1. Der individuelle Bedarf bleibt Maßstab. Art und Umfang der Schulbegleitung
53 müssen sich am konkreten Bedarf des Kindes orientieren. Notwendige 1:1-
54 Unterstützung darf weder erschwert noch faktisch verdrängt werden. Die
55 Frage der Zumutbarkeit ist konsequent aus der Perspektive des Kindes zu
56 bewerten.
- 57 2. Poollösungen dürfen nicht zum Zwang werden. Wir lehnen eine gesetzliche
58 oder faktische Umkehr des Regel-Ausnahme-Verhältnisses ab, bei der
59 Poollösungen zum Regelfall und individuelle Unterstützung zur Ausnahme
60 werden. Insbesondere sprechen wir uns gegen Änderungen des § 112 Abs. 4
61 SGB IX aus, die eine solche Priorisierung ermöglichen oder begünstigen.
62 Gruppenleistungen dürfen nicht mit individueller Unterstützung
63 gleichgesetzt werden, wo sie den tatsächlichen Bedarf des Kindes nicht
64 decken.
- 65 3. Planungssicherheit für Kinder und Familien stärken. Bei dauerhaftem oder
66 absehbar längerfristigem Unterstützungsbedarf von Menschen mit
67 Behinderungen sollen Bewilligungen verlässlicher und längerfristig
68 erfolgen. Ziel muss sein, unnötige jährliche Neuansträge zu vermeiden und
69 Kontinuität insbesondere in sensiblen Übergängen zu sichern: beim Wechsel
70 in die Grundschule ebenso wie beim Übergang auf die weiterführende Schule.
- 71 4. Schulbegleitung fachlich weiterentwickeln. Schulassistent*innen brauchen
72 gute Qualifizierung, verbindliche Fort- und Weiterbildung sowie faire
73 Arbeitsbedingungen. Träger sollen verbindlich sicherstellen, dass ihre
74 Mitarbeitenden gezielt weitergebildet werden, etwa in Pflege,
75 Gebärdensprache, Unterstützter Kommunikation oder spezifischen Methoden
76 wie TEACCH im Autismus-Spektrum. Nur fachlich gut begleitete
77 Schulassistenten können individuelle Unterstützung zuverlässig leisten.
- 78 5. Die eigenständige Rolle der Schulbegleitung sichern. Schulbegleitung hat
79 einen klaren Auftrag am Kind. Die Anstellung bei unabhängigen Trägern,
80 etwa Einrichtungen der Behindertenhilfe, kann diese fachliche und
81 pädagogische Unabhängigkeit gegenüber dem Lehrerkollegium stärken. Diese

- 82 Rolle darf nicht verwischt werden. Schulbegleitung darf nicht zur
83 allgemeinen Entlastung des Unterrichtsbetriebs umfunktioniert werden.
- 84 6. Pflegeanteile anerkennen und angemessen vergüten. Körperbezogene
85 Unterstützung und pflegerische Tätigkeiten gehören für manche Kinder
86 selbstverständlich zum Schulalltag, etwa bei Trisomie 21 oder anderen
87 Behinderungen mit pflegerischem Unterstützungsbedarf. Diese Aufgaben
88 müssen klar benannt, professionell eingeordnet und entsprechend vergütet
89 werden. Die unausgesprochene Erwartung, solche Tätigkeiten würden - häufig
90 von weiblichen Schulassistentinnen - „einfach mitgemacht“, ist fachlich
91 falsch und strukturell problematisch.
- 92 7. Fehlanreize durch Sparpolitik vermeiden. Kurzfristige Einsparziele in der
93 Eingliederungshilfe führen nicht zu nachhaltiger Entlastung. Einsparungen
94 bei individueller Unterstützung erzeugen langfristig höhere Kosten und
95 neue Konflikte. Kommunen dürfen nicht indirekt unter Druck geraten,
96 notwendige Leistungen aus finanziellen Gründen nicht zu bewilligen.
- 97 8. Inklusive Strukturen an Schulen stärken. Der Ausbau von Fachpersonal,
98 insbesondere in der Sonderpädagogik, muss weiter vorangetrieben werden.
99 Multiprofessionelle Teams an Schulen sind zu stärken, Rahmenbedingungen
100 für inklusiven Unterricht zu verbessern und strukturelle Defizite im
101 Bildungssystem dürfen nicht dauerhaft über Schulbegleitung kompensiert
102 werden.
- 103 9. Kommunen verlässlich entlasten. Das Land Nordrhein-Westfalen muss Kommunen
104 bei der Finanzierung inklusiver Bildung und notwendiger Teilhabeleistungen
105 stärker unterstützen. Finanzielle Engpässe vor Ort dürfen nicht dazu
106 führen, dass Kinder und Jugendliche auf notwendige Unterstützung
107 verzichten müssen.
- 108 Die Abgeordneten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bundestag und im Landtag
109 Nordrhein-Westfalen werden aufgefordert, sich auf Bundes- und Landesebene gegen
110 eine gesetzliche oder faktische Priorisierung von Poollösungen einzusetzen und
111 den individuellen Rechtsanspruch auf Schulbegleitung zu sichern.
- 112 Nordrhein-Westfalen hat den Anspruch, Inklusion ernst zu machen. Dieser Anspruch
113 entscheidet sich nicht in Sonntagsreden, sondern im Alltag der Kinder, Familien
114 und Schulen. Er entscheidet sich daran, ob Unterstützung rechtzeitig,
115 verlässlich, fachlich gut und am individuellen Bedarf orientiert gewährt wird.
- 116 Als Grüne NRW ziehen wir deshalb eine klare Grenze: Teilhabe ist nicht
117 verhandelbar. Unser Prinzip ist klar: Bedarf vor Systemlogik, Recht vor
118 Kassenlage, Kind vor Verwaltungsvereinfachung.

Begründung

erfolgt mündlich

Unterstützer*innen

Jens Steiner (KV Borken); Gertrud Welper (KV Borken); Hanna Hüwe (KV Coesfeld); Dennis Sonne (KV Coesfeld); Jan Matzoll (KV Recklinghausen); Jens Grotstabel (KV Borken); Thomas Reimann (KV Soest); Laura Marie Meiser (KV Borken); Birgit Wolters (KV Münster); Maja Becker (KV Borken); Nicole Reinshagen (KV Märkischer Kreis); Fabio Zimmer (KV Münster); Maria Christina Martsch (KV Borken); Sylvia Olbrich (KV Märkischer Kreis); Stefanie Gutscher (KV Ennepe-Ruhr); Sandra Lentfort (KV Borken); Philipp Mathmann (KV Münster); Gaby Franzen (KV Borken); Sylvia Rietenberg (KV Münster); Stefanie Ring (KV Coesfeld); Michael Bur am Orde (KV Borken); Julia Pierick (KV Rhein-Erft-Kreis); Jürgen Klug (KV Soest); Marjan Frauke Eggers (KV Märkischer Kreis); Jakob Gintars (KV Bonn); Kim Wiesweg (KV Recklinghausen); Isabelle Wewers (KV Coesfeld); Wiltrud Lieselotte Kampling (KV Steinfurt); Hannah Philippa Klein (KV Düsseldorf); Lars Reichmann (KV Coesfeld); Theda de Morais Dourado (KV Düsseldorf); Remigius Hartwig Westermann (KV Borken); Heinrich Rülfig (KV Borken); Samir Türpe (KV Borken); Mohamed Vermeer (KV Recklinghausen); Inga Marie Lemme (KV Borken); Anne Hartl (KV Borken); sowie 1 weitere Antragsteller*in, die online auf Antragsgrün eingesehen werden kann.